Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden Tag neu.

Online
Nr. 594
10. Nov. 25
35. Jahrg.

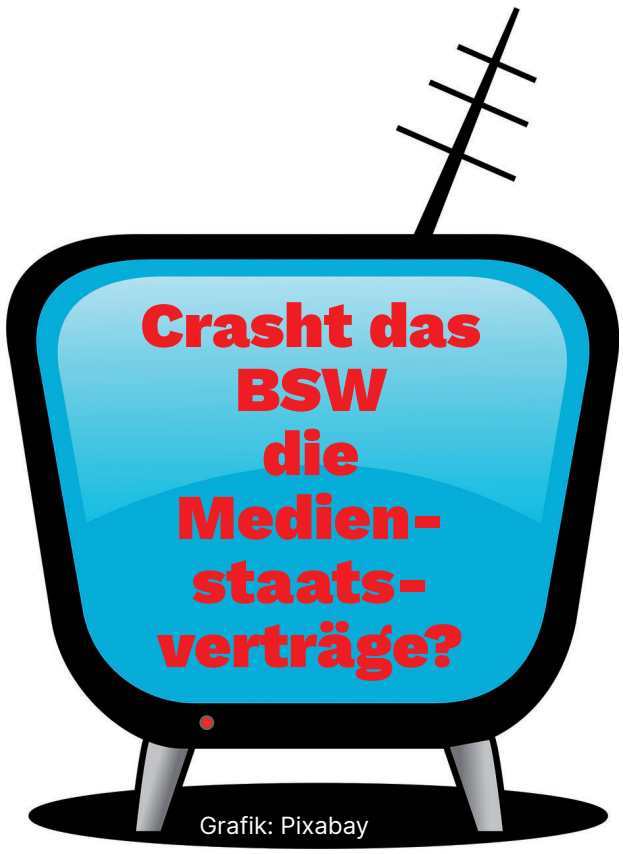
Die Linke
Barnim

Medien-Reformen?

Die Linke: Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist zwar reformbedürftig, aber es braucht ihn als zentrale Säule der Demokratie. Die Brandenburger Regierungskoalition aus SPD und BSW ist sich nicht einig.

In der nächsten Landtagssitzung am 19. oder 20. November muss das Parlament über zwei Medienstaatsverträge entscheiden. Diese sollen zum 1. Dezember in Kraft treten. Die Medienstaatsverträge müssen von allen Bundesländern gleichermaßen beschlossen werden. Schert eines aus, beginnt der Verhandlungsmarathon von vorn. Brandenburg ist neben Niedersachsen eines der beiden letzten Bundesländer, deren Zustimmung noch fehlt.

Inhaltlich geht es um die Reduzierung von Fernsehspartenkanälen und Radiowellen, die Deckelung hoher Ausgaben für die Sportberichterstattung, die Verschärfung von Regeln für Internet-Angebote. Wenn die Bundesländer den Medienstaatsverträgen nicht zustimmen, werden diese Vorhaben nicht in geltendes Recht überführt. Bis zum jetzigen Stand zu kommen hat es zwei Jahre gedauert, ehe die aktuelle Fassung des Vertragswerks ausgehandelt war.



Grafik: Pixabay

Das BSW in Brandenburg hat nun angekündigt, dass große Teile der Fraktion im Landtag gegen die Medienstaatsverträge stimmen wollen. „Das ist in höchstem Maße verantwortungslos, kommentiert die Landesvorsitzende der Linken, Katharina Slanina. „Mit seinem Agieren besorgt das BSW letztlich das Geschäft derjenigen, die die öffentlich-rechtlichen Medien am liebsten ganz abschaffen würden und unabhängigen Journalismus als Feind betrachten.“ Ein Scheitern der Staatsverträge wäre ein weiterer Schritt zur Schwächung und letztendlich zur Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, so Slanina.

„Natürlich ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk dringend reformbedürftig. Das hat nicht zuletzt der rbb Skandal gezeigt“, betont Slanina. „Diesem Bedarf werden die jetzt zur Abstimmung vorliegenden Staatsverträge aus linker Sicht nicht gerecht. Die Linke sieht einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk als zentraler Säule der Demokratie und gerade deshalb muss die Debatte über seine Weiterentwicklung geführt werden.“

In der Regierung hatte das BSW in persona von Finanzminister Robert Crumbach den Medienstaatsverträgen zugestimmt. Auch in Thüringen gab es durch die Minderheitsregierung Zustimmung. Warum jetzt das BSW in Brandenburg im Parlament nicht zustimmen will, könnte wohl eher mit parteiinternen Querelen zu tun haben. *bc*

nächste Online-Ausgabe am 11. November

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.